

**Motion SVP-Fraktion / Die Mitte-EVP-Fraktion:
«Zuweisung von Wohnraum an anerkannte Flüchtlinge**

Das Standesbegehren Thalmann-Kirchberg / Widmer-Mosnang «Solidarische Lösung im Flüchtlingswesen» (41.19.01) vom 16. September 2019 hatte zum Ziel, die eidgenössische Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass anerkannte Flüchtlinge, die von der Sozialhilfe abhängig sind, ihren Wohnsitz innerhalb des Kantons nur mit Zustimmung der neuen Wohngemeinde wechseln können. Der Hintergrund des Standesbegehrens ist die Tatsache, dass in einigen Gemeinden des Kantons St.Gallen neben einer Konzentration von vorläufig aufgenommenen Personen auch eine grössere Gemeinschaft von anerkannten Flüchtlingen aus dem gleichen Herkunftsland entstanden ist, welche die Integration dieser Personen erschwert. Der Kantonsrat beschloss am 19. Februar 2020 mit 56 Nein zu 53 Ja, auf das Standesbegehren nicht einzutreten.

Eine gleichlautende Motion (19.3998) wurde am 11. September 2019 im Nationalrat eingereicht, der sie am 14. September 2021 ablehnte. In seiner Stellungnahme zur Motion wies der Bundesrat darauf hin, dass die Kantone in ihren Sozialhilfegesetzen die Möglichkeit vorsehen können, Sozialhilfe auch als Sachleistungen, unter anderem in Form von Wohnraum, zu gewähren. Damit könnte auch Flüchtlingen innerhalb des Kantons ein Wohnort oder eine Unterkunft zugewiesen werden, da ihnen vorübergehend Wohnraum nur als sozialhilferechtliche Sachleistung gewährt würde.

Das kantonale Sozialhilfegesetz (sGS 381.1) sieht in Art. 10 bereits heute vor, dass finanzielle Sozialhilfe Geld- und Sachleistungen umfasst. Mit dem Ziel, die Verteilung von anerkannten Flüchtlingen auf die Gemeinden besser zu steuern, soll das Sozialhilfegesetz gemäss dem Hinweis des Bundesrates in seiner Stellungnahme zur Motion 19.3998 präzisiert werden,.

Die Regierung wird eingeladen, das Sozialhilfegesetz dahingehend zu ergänzen, dass Wohnraum für die Personen aus dem Asylbereich, namentlich für vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge, grundsätzlich als Sachleistung gewährt wird.»

30. November 2021

SVP-Fraktion
Die Mitte-EVP-Fraktion